

Leglaubigte Abschrift zu den Senatsakten

BUNDESGERICHTSHOF

IV ZB 134/67

BESCHLUSS

in der Entschädigungssache

der Frau Tova A [REDACTED],
[REDACTED], Rue de la R [REDACTED], P [REDACTED] (Frankreich),

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

das Land N o r d r h e i n - W e s t f a l e n ,
vertreten durch den Regierungspräsidenten in Köln,
Köln, Zeughausstraße 4/8,

Beklagten und Beschwerdegegner.

Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat
unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Ascher und
der Bundesrichter Wilden, Dr. Loewenheim, Dr. Graf
und von der Mühlen

in der Sitzung vom 7. Juli 1967
beschlossen:

Die sofortige Beschwerde der Klägerin
gegen die Nichtzulassung der Revision
im Urteil des 5. Zivilsenats des Ober-
landesgerichts Köln vom 24. November 1966
wird zurückgewiesen.

Das Verfahren des Beschwerderechtszuges
ist frei von gerichtlichen Gebühren und
Auslagen.

Die außergerichtlichen Kosten des Rechts-
mittels trägt die Klägerin.

G r ü n d e :

Die Klägerin hat Entschädigung für Schaden an Frei-
heit und an Körper oder Gesundheit begehrt. Hiermit hat
sie bei den Entschädigungsorganen keinen Erfolg gehabt.
Ihre gegen die Nichtzulassung der Revision im Berufungs-
urteil gerichtete sofortige Beschwerde ist mangels der
Voraussetzungen des § 219 Abs. 2 BEG nicht begründet.

Das Berufungsgericht hat der Klägerin eine Ent-
schädigung versagt, weil sie die Antragsfrist des § 189
Abs. 1 BEG nicht gewahrt habe und ihr gegen die Ver-

säumung dieser Frist gemäß § 189 Abs. 3 BEG Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht erteilt werden könne.

Die sofortige Beschwerde meint, das Verschulden des Bevollmächtigten könne der Klägerin nicht angelastet werden, weil sie eine Blankovollmacht unterzeichnet habe und auch schreib- und leseunkundig sei. Dem ist, auch ohne Zulassung der Revision, entgegenzuhalten, daß nach der Rechtsprechung des Senats (LM Nr. 3, 17, 19/20 zu § 189 BEG 1956) ohne jede Ausnahme der Berechtigte, der eine andere Person beauftragt hat, seine Rechte wahrzunehmen, sich, auch wenn das BEG dies nicht selbst vorschreibt, nach einem allgemeinen Rechtsgrundsatz das Verschulden seines Vertreters anrechnen lassen muß. Wenn der Berechtigte eine Blankovollmacht unterzeichnet oder schreib- und leseunkundig ist, kann nichts anderes gelten.

Ferner wendet sich die sofortige Beschwerde gegen die Auffassung des Berufungsgerichts, das Gericht sei nicht verpflichtet, bei unvollständiger oder nicht schlüssiger Begründung eines Wiedereinsetzungsgesuchs den Sachverhalt von Amtswegen weiter aufzuklären. Sie meint, es liege eine Abweichung von der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 12. Mai 1965 - IV ZR 172/64 - vor. Das ist jedoch nicht der Fall. Wie der Senat im Gegenteil hier ausgesprochen hat, verstreckt sich die Pflicht der Entschädigungsbehörde zur Ermittlung der Tatsachen von Amtswegen (§ 176 Abs. 1 BEG) nicht auf die Tatsachen zur Begründung von Wiedereinsetzungsanträgen. Für die Amtsermittlungspflicht der Entschädigungsgerichte gilt nichts anderes. Das vorgenannte Urteil des Senats weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in den

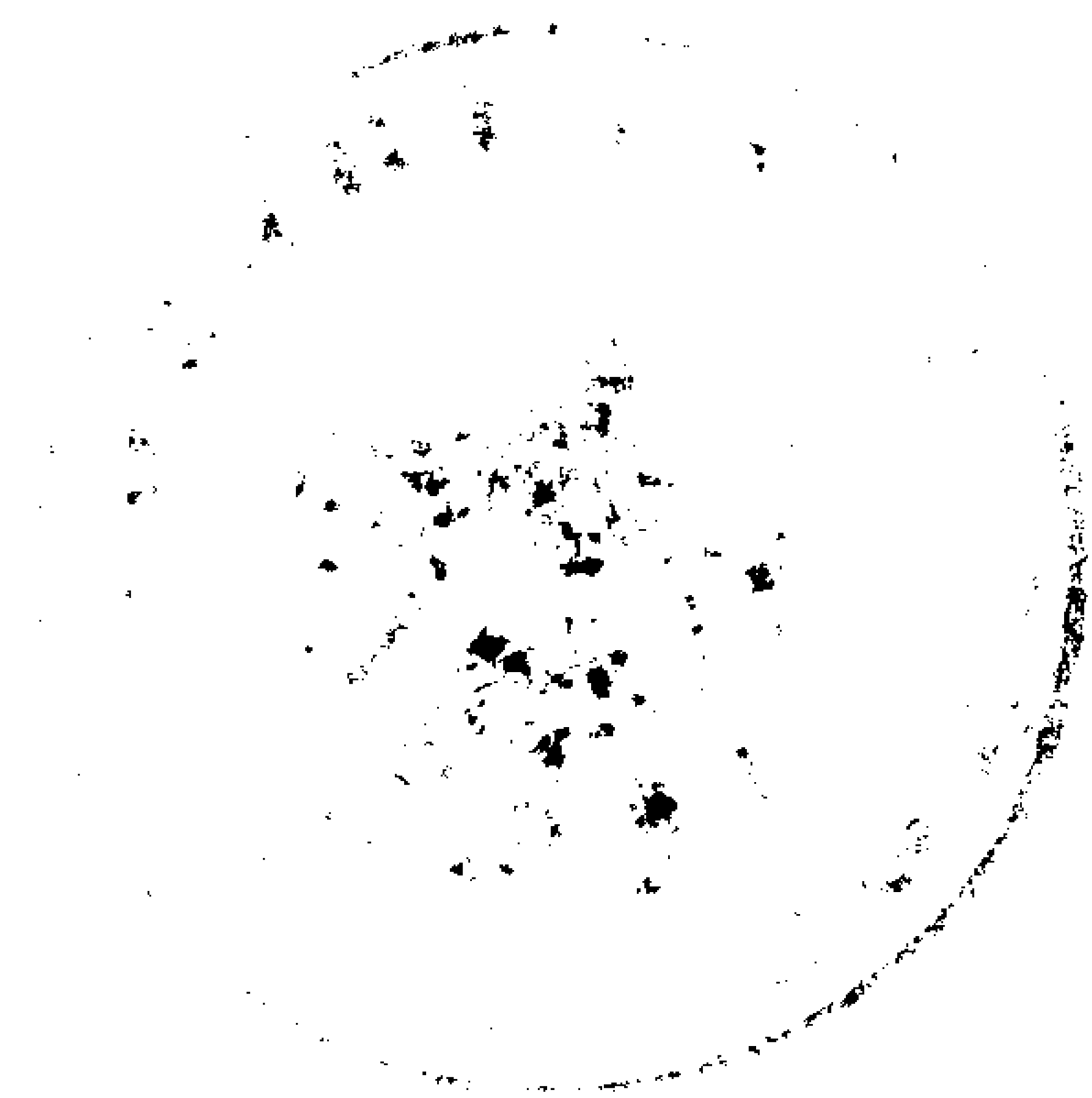


neueren Verfahrensordnungen den Antragstellern die Pflicht zur Begründung der Wiedereinsetzungsanträge ausdrücklich auferlegt worden ist (§§ 67 Abs. 2 SGG, 60 Abs. 2 KzGG), auch wenn nach diesen Verfahrensge-
setzen sonst der Grundsatz der Amtsermittlung gilt (§§ 102 SGG, 86 Abs. 1 KzGG).

Daher ist die sofortige Beschwerde der Klägerin mit der sich aus den §§ 209 Abs. 1, 225 Abs. 1 BEG, 97 Abs. 1 ZPO ergebenden Kostenfolge zurückzuweisen.

Ascher

Dr. Loewenheim



Beglaubigt:

Justizhaupte sekretär